

Vorbemerkung der SWG: Wir stimmen mit den nachstehenden Ausführungen über nationale Wirtschaftspolitik, die sich an nationalen deutschen Interessen orientiert, vollkommen überein. Verblüffend ist die emotionslose, ideologiefreie und gleichwohl mutige, weil unangepaßte Argumentation. Diese geht von Fakten, also der kalkulierbaren Wirklichkeit aus. Hier berührt sich übrigens wirtschaftliches mit militärischem Denken. Dem flüchtigen Leser empfehlen wir, zunächst die Ergebnisse am Schluß zur Kenntnis zu nehmen, um dann tiefer einzusteigen. -

NATIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK TROTZ GLOBALISIERUNG – UNSINN, ALTERNATIVE ODER WAS?

Vortrag bei der SWG - Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. am 24. Oktober 2005 von Dr. Jürgen Bruns (Ehem. Vorstandsvorsitzender einer deutschen AG eines US-Mutterkonzerns)

SCHLAGWORTE: "China-Importe erobern Deutschland" - "Zuwanderung stoppen" - "Fünf Millionen Arbeitslose" - "Soziale Kälte" - "Soziale Gerechtigkeit" - "Flat Tax" - "Hartz IV" - "Heuschrecken" - "Globaler Wettbewerb" - "Nullwachstum" - "Exportweltmeister" ... SCHLAGWORTE ...

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

raucht nicht auch Ihnen gelegentlich der Kopf, wenn Sie tagtäglich mit diesen und vielen anderen Schlagworten in den Medien konfrontiert werden? Und wenden nicht auch Sie sich mit einem gewissen Grausen ab von den "Talkshows", in denen selbsternannte Experten über alles Mögliche reden, offensichtlich am wenigsten über wirkliche Problemlösungen?

Nun, ganz sicher gibt es in unserer komplexen Welt keine simplen Patentlösungen für die wirtschaftlichen Probleme, die uns so auf den Nägeln brennen: 5 Millionen Arbeitslose, zerrüttete Staatsfinanzen, jahrelange Konjunkturflaute, hohe Steuerlast der Bürger, um nur einige zu nennen. Dennoch: Wäre es nicht schön, wenn man in all dem Durcheinander eine gewisse Leitlinie, sozusagen einen Kompass für unser Beurteilen und unser Handeln hätte, der uns zwar nicht vollkommen sicher vor dem Stranden auf Untiefen bewahrt, uns aber dennoch unseren Kurs in der Regel finden lässt?

Als ich über die Frage einer nationalen Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit der Globalisierung nachdachte, stieß ich natürlich sehr schnell auf solche zentralen Begriffe wie Nation, wie nationale Politik, aber auch Stichworte wie internationale Politik, internationale Arbeitsteilung, etc. Einiges davon werden Sie deshalb im folgenden wiederfinden. Auch musste ich mich entscheiden, ob ich Sie heute Abend mit einer großen Menge an Zahlen, Statistiken und Übersichten über das nationale und internationale wirtschaftliche Geschehen traktieren sollte oder ob es nicht besser, genauer: interessanter wäre, mit Ihnen einige grundlegende politische Meinungen, in die diejenigen über eine nationale Wirtschaftspolitik eingebettet sind, zu diskutieren. - Sie ahnen es schon: Ich habe mich für den letzteren Weg entschieden.

Nun denn, in diesem politischen Sinne habe ich mich gefragt, ob eigentlich nationale Wirtschaftspolitik ohne nationales Bewusstsein denkbar, genauer: zielorientiert sein kann. Das Ergebnis dieser Fragestellung ist die These, daß die Rückbesinnung auf unser nationales Bewusstsein, wie ich es nennen möchte, der Kompass, die Leitlinie sein könnte, ja vielleicht sogar sein muss, nach der ich vor ein paar Minuten schon gefragt habe. Dabei bin ich mir völlig darüber im klaren, dass ein jeder, der das Wort "national" in den Mund nimmt, augenblicklich der Gefahr unterliegt, sofort in die berühmte-berühmte braune Ecke gestellt zu werden. Ich nehme das gelassen zur Kenntnis, weiß ich doch, dass diejenigen leider allzu vielen Leute, die seit langen Jahren mit solchem

durchsichtigen Verhalten eine Meinungsdictatur in Deutschland aufgebaut haben, selber an einem unheilbaren braunen Komplex leiden.

Meine Damen und Herren, unsere Welt wächst rasend schnell zusammen und verändert sich von Tag zu Tag: Deutschland feierte vor wenigen Tagen die 15. Wiederkehr des Tages der Wiedervereinigung - und kämpft seit 15 Jahren mit deren politischen und wirtschaftlichen Folgen. Die Europäische Union hat einen mächtigen Schluck aus der Wachstumsbuddel genommen - und kämpft seither mit einem Schluckauf, den man vielleicht am besten mit dem Begriff der "geopolitischen Überdehnung" beschreiben kann. Und trotz der Ablehnung des geplanten Vertrages über eine europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden und trotz des offensichtlichen Unbehagens weiter Kreise der europäischen Bevölkerungen über einen Beitritt der Türkei verhandelt die EU mit eben dieser Türkei seit dem 4. Oktober d. J. über deren Beitritt - womit wir dann eines Tages europäische Außengrenzen u. a. mit Georgien und Armenien, mit Iran und Irak hätten...

Um den weltweiten Überblick nicht völlig zu verlieren, hat man sich die Vorstellung der Triade zu eigen gemacht: Weltweit ringen die drei großen Machtblöcke Amerika, Europa und Asien um die Vormachtstellung auf unserem Globus - so heißt es jedenfalls. Dabei wird dann gerne übersehen, dass gerade in Asien derzeit die nationalen Unterschiede zwischen den Völkern - ich denke etwa an Chinesen, Japaner und Koreaner - alles andere als eine gemeinsame übernationale Blockbildung erkennen lassen. Bei genauerem Hinsehen gilt dies aber gleichermaßen auch für Europa und Amerika. Die "nationale Differenzierung der Völker der Welt", wie ich es nennen möchte, nimmt im Zweifel eher zu als ab.

Ist der "Nationalstaat" also doch nicht so tot wie gerne behauptet wird? Findet vielmehr so etwas wie ein "Aufbruch der Nationen" statt? Ich denke, es lässt sich unschwer folgendes feststellen: Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat die Zahl der selbständigen, souveränen Staaten ständig zugenommen. Die zusammengebrochenen Kolonialreiche führten etwa in Afrika im Maße des Rückzuges der kolonialen Knute zu einem Erwachen der Stammeszugehörigkeiten der afrikanischen Völker und in deren Folge zu entsprechenden Staatsgründungen.

Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion hat sich eine Vielzahl von Nationen mit dem Wegfall der kommunistischen Unterdrückung sofort in neuen Staaten organisiert, man könnte auch sagen: wiedergefunden. Auch die deutsche Wiedervereinigung gehört in diesen Prozeß hinein: Haben nicht die ostdeutschen Demonstranten mit dem weltweit vernommenen und verstandenen Ruf: "Wir sind ein Volk" unüberhörbar ihrer Zugehörigkeit zu der einen deutschen Nation Ausdruck verliehen?

Ja, auch in Nord- und Südamerika begehren selbst kleinste Völkerschaften auf und verlangen nach souveräner Selbstbestimmung: Man denke beispielsweise an die indianischen Stämme in den USA, an das Volk der Inuit in Alaska oder an die Nachfahren der Azteken und Maja in Südamerika.

Dem großen Trend zu ständig weiter sich entwickelnder Globalisierung steht also offenbar ein anderer ebenfalls starker Trend gegenüber, nämlich die Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln, die Suche nach Heimat, nach Identität, nach dem eigenen Volk, nach der Nation, der man angehört.

Unter dem Begriff Nation verstehen wir eine Gruppe von Menschen, die sich, verbunden durch eine gemeinsame Herkunft, also gemeinsame Geschichte, durch eine gemeinsame Sprache und Kultur, durch das Gefühl der Zusammengehörigkeit in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden weiß. Gelingt es einer solchen Nation, sich auf abgegrenztem geographischem Gebiet eine hoheitliche Ordnung zu geben, so entsteht der Nationalstaat.

Die Zunahme der Nationalstaaten, wie oben beschrieben, hat also offensichtlich etwas damit zu tun, dass die in ihnen organisierten Völker das Bewusstsein in sich tragen, dass ihre Interessen als Volk und Nation in einem Nationalstaat am besten vertreten werden können.

Der Nationalstaat sichert nämlich, so ist die Vorstellung, genau die Werte, durch die die Menschen sich zu einer bestimmten Nation zugehörig fühlen. Dazu gehören, ich wiederhole mich bewusst, nach innen insbesondere die gemeinsame Sprache, die gemeinsame Geschichte, gemeinsame kulturelle Empfindungen, die politische Souveränität. Nach außen gehören dazu insbesondere der Wille und die Fähigkeit, die Unverletzlichkeit der territorialen Integrität des Staatsgebietes zu sichern und die Stimme der eigenen Nation im Konzert der weltweiten Gemeinschaft zur Wahrung der nationalen Interessen angemessen zur Geltung zu bringen.

Übrigens ist die Europäische Union selbstverständlich kein Nationalstaat. Es gibt weder ein europäisches Volk noch eine europäische Nation; weder gibt es eine gemeinsame Sprache noch eine gemeinsame Geschichte noch gibt es ein gemeinsames europäisches Bewusstsein. Ob es dies alles irgendwann in einer fernen Zukunft einmal geben wird, können wir getrost in Ruhe abwarten. Wir können meinetwegen auch aktiv an der Verwirklichung einer solchen Vision arbeiten, wenn unseren jeweiligen politischen Führern nur allzeit ganz klar vor Augen steht, dass sie bis zur tatsächlichen Existenz einer europäischen Nation unsere heutigen und einstweilen auch künftigen nationalen Interessen nicht vergessen dürfen.

Führende Vertreter der deutschen Wirtschaft fordern seit vielen Jahren bessere Rahmenbedingungen, um die deutschen Unternehmen national, vor allem aber international wettbewerbsfähig zu halten oder doch wenigstens in Zukunft zu machen. Geht man ins Detail, hört man meistens Forderungen wie z. B. Steuersenkungen, Bürokratieabbau, Senkung der Lohnnebenkosten und mehr Flexibilisierung der Arbeit. Man könnte auch - etwas pauschaliert - sagen: Deutsche Unternehmer fordern den Staat auf, sich weitgehend aus der Wirtschaft zurückzuziehen. Wenn dann allerdings Unternehmen in die Krise geraten, ist man schnell mit dem Ruf nach Hilfe durch den Staat zur Hand. Dabei tönt der Ruf um so lauter, je größer das notleidende Unternehmen ist. Irgendwie passt das alles offenbar wieder einmal nicht zusammen. Wieder einmal kann man diagnostizieren: Wenn jeder nur nach individuellen Partikularinteressen sein Handeln ausrichtet, bleibt das Ergebnis zumindest offen und eben nicht mehr zielgerichtet ansteuerbar.

Zur Kontrolle der eigenen Gedankenführung möchte ich an dieser Stelle kurz der Frage nachgehen: Warum sollten wir überhaupt irgendein nationales wirtschafts-politisches Konzept haben, warum sollten wir nicht einfach den freien, unbehinderten Lauf der wirtschaftlichen Kräfte national und international ermöglichen? Als Kronzeuge für diesen Wirtschaftsliberalismus wird immer wieder der britische Nationalökonom Adam Smith genannt, der bereits im 18. Jahrhundert seine grundlegenden Gedanken über die Entstehung des Wohlstandes der Völker entwickelte. Nach Smith ist die Grundlage, die Basis allen wirtschaftlichen Handelns das Eigeninteresse, der Eigennutz des Individuums, das natürliche Bestreben des Einzelnen, seine Lage ständig zu verbessern. Dieser Eigennutz ist der Motor, der den einzelnen Menschen im Wirtschaftsleben antreibt, Höchstleistungen zu erbringen. Die zentrale Überlegung von Adam Smith war dabei die Vorstellung, dass die Summe aller eigennützigen Bestrebungen gleichwohl nicht etwa - wie Karl Marx später postulierte - zu einer punktförmigen Akkumulation von Kapital bzw. Wohlstand in den Händen weniger, sondern ganz im Gegenteil zu einer Erhöhung des Wohlstandes aller führen wird. Smith führte damals aus, dass eine "unsichtbare Hand" jeden das tun lässt, was letztlich dem Wohle aller dient. Folglich kam Smith zu der Auffassung, dass eine möglichst freie, durch staatliche Eingriffe unbehinderte Wirtschaftsform, also Freihandel und eine darauf aufgebaute internationale Arbeitsteilung, die wirtschaftspolitische Maxime, die Leitlinie unseres wirtschaftlichen Handelns schlechthin, sein müsse.

Dennoch hatte auch Adam Smith schon erkannt, dass ein völlig entfesselter Wirtschaftsliberalismus, z. B. in der Form des später so genannten Manchesterliberalismus, unter Umständen doch zu unliebsamen, weil ungewollten gesellschaftlichen Zuständen führen könnte: Smith lehnte deshalb - das mag manchen "reinen Kapitalisten" überraschen - nicht etwa von vornherein jegliche Eingriffe des Staates ab, sondern wollte diese nur auf ein absolutes Mindestmaß beschränkt wissen. Mit anderen Worten: Ihm waren gesellschaftspolitische, letztlich soziale Überlegungen und Überzeugungen durchaus nicht fremd. Dies bedeutet zugleich auch - und das ist wegweisend für unsere Analyse - Adam Smith, der angebliche Kronzeuge für einen schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus, taugt genau dafür gerade nicht.

Darüber hinaus stellt sich natürlich sofort eine Gretchenfrage: Ist die Maximierung des materiellen Wohlstandes denn überhaupt als alleinige Handlungsmaxime akzeptierbar? Ich antworte eindeutig: Nein, das ist sie nicht, denn: Politisch aktive, denkende Menschen wollen vor allem in ihrer Gedankenführung frei sein von staatlicher Bevormundung. Sie wollen sich weiterhin in ihrer angestammten Heimat wohl fühlen, zu Hause fühlen, sie wollen - wie jedes Lebewesen in freier Natur - ein "Nestgefühl" empfinden. Sie wollen im Sinne des schon oben angesprochenen nationalen Bewußtseins das Gefühl genießen, Teil einer Schicksalsgemeinschaft zu sein. Schlussendlich: Sie wollen nach ihrer eigenen Art, gemäß ihren eigenen Riten, Sitten und Gebräuchen, nach ihrer Moral und ihrer Ethik leben, d. h. auch, sie wollen nicht fremdbestimmt sein. Die Notwendigkeit der Deckung existentieller Grundbedürfnisse des Menschen, wie Nahrung, Wohnraum usw., ist selbstverständlich und muß nicht diskutiert werden. Aber darüber hinaus sind die oben beschriebenen Bedürfnisse geistiger Art weit wesentlichere Handlungsmaximen als der bloß materielle Wohlstand.

Der CDU-Politiker Friedrich Merz hat diese Zusammenhänge vor nicht allzu langer Zeit vor dem Hintergrund der Zuwanderungssituation und -diskussion mit dem Begriff der "deutschen Leitkultur" belegt: Sie wissen, wie massiv die sog. Öffentliche Meinung - ist es nicht vielmehr nur die Veröffentlichte Meinung? - über ihn hergefallen ist. Er wurde verlacht, ja geradezu verfemt und natürlich in die Nähe der sog. Ewiggestrigen, der Neonazis, gestellt. Selbst enge Parteifreunde wandten sich von ihm ab. Das Ausland dagegen hat diese typisch deutsche Diskussion um den Begriff der "deutschen Leitkultur" mit völligem Unverständnis registriert. In England nämlich oder in Frankreich wäre eine Diskussion über eine englische bzw. französische Leitkultur völlig undenkbar: Man hat - so einfach wird es dort gesehen - selbstverständlich eine nationale Leitkultur, die jeder, insbesondere jeder Zuwanderer, zu akzeptieren hat. Dies ist so selbstverständlich, dass darüber - anders als bei uns - eben nicht diskutiert wird. Wir dagegen pflegen mal wieder unseren braunen Komplex - und das Ausland amüsiert sich köstlich darüber.

Also nochmals: Die Menschen von heute wollen nicht fremdbestimmt sein. Eine liberalistische internationale Arbeitsteilung, wie sie Adam Smith postulierte, würde aber genau zu dieser Fremdbestimmung führen, wenn nicht notwendige Kontrollmechanismen eingezogen würden. Sie, die liberalistische internationale Arbeitsteilung, in der jede Nation gerade nur die Güter herstellt, die sie im Vergleich mit allen anderen Nationen am besten herstellen kann, mag ein weltwirtschaftliches Modell der Zukunft sein. Für unsere Zeit und für eine nicht absehbar lange vor uns liegende Zeit - taugt dieses Wirtschaftsmodell jedenfalls nicht.

Beachten Sie bitte, dass ich mit dieser Aussage keinerlei Wertung verbinde. Ich sage nicht: Eine liberalistische internationale Wirtschaftspolitik ist besser oder schlechter als z. B. eine an den Interessen des Volkes orientierte nationale Wirtschaftspolitik. Vielmehr vertrete ich die Auffassung, dass eine Wirtschaftspolitik sich immer an den jeweiligen Interessen der Betroffenen, also des Volkes, zu orientieren hat. Solange es also noch nicht "die Weltbürger" oder "die eine Weltnation" gibt, gewinnt die Politik der einzelnen Nationen und damit auch die jeweilige Wirtschaftspolitik ihre Legitimation nur aus der bewussten Verfolgung der nationalen Ziele. Die nicht existente Weltnation trotz globalisierter Welt ist ebenso wie die nicht existente europäische Nation trotz

Europäischer Union eine der zentralen Ursachen für das instinktive Unbehagen bis hin zu deutlicher Ablehnung, die die Menschen häufig sowohl gegenüber der Globalisierung als auch der Europäisierung empfinden.

Wenn man also die nationalen Interessen eines jeweiligen Volkes zu der Leitlinie der Politik und damit auch der Wirtschaftspolitik dieses Volkes machen will - muß man dann nicht quasi automatisch gegen "die Globalisierung" sein? Wenn sich die Großen dieser Welt, z. B. beim G 7-Gipfel, treffen, gibt es regelmäßig große und häufig blutige Demonstrationen von Globalisierungsgegnern. Die Politiker sehen sich gezwungen, sich förmlich wie in einem Hochsicherheitsgefängnis von der Außenwelt abzuschotten, um den Angriffen der Globalisierungsgegner zu entgehen. Was ist es, was die Menschen so ergrimmt, dass sie auf die Straße gehen?

Wir Menschen sind heute in der Lage, in weniger als einem Tag von Kontinent zu Kontinent zu reisen; Katastrophen wie der Tsunami in Asien oder das Erdbeben in Pakistan rufen weltweite Hilfsaktionen hervor; wir kaufen preisgünstige Computer aus Japan, unglaublich billige Güter aller Art aus China, Äpfel aus Neuseeland; tagtäglich rollen Milliarden über Milliarden von Dollars um den Globus auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen; per Mausclick am heimischen Computer sind wir informationstechnisch über das Internet mit der ganzen Welt verbunden. Ist es nicht großartig, in einer globalisierten Welt zu leben?

Andererseits: Der hemmungslose Verbrauch unserer natürlichen Energieressourcen steigert ständig den Ausstoß der klimaschädlichen Kohlendioxid-Gase. Die Amerikaner als größte Energieverbraucher machen keine Anstrengungen, sich an das Kyoto-Protokoll zu halten. In Afrika nimmt die Verelendung der Massen immer weiter zu: Armutswanderungen bestimmen das Leben von Millionen von Menschen. Global agierende Unternehmen werden als blutsaugende Heuschrecken dargestellt. Die amerikanische Regierung, im Bewusstsein, als einzige Supermacht übrig geblieben zu sein, erklärt unzweideutig: Wer nicht unser Freund ist, ist unser Feind. Ist es nicht traurig, in einer solchen globalisierten Welt zu leben?

Ist sie nun großartig oder ist sie traurig zu nennen, diese globalisierte Welt?

Meine Damen und Herren, beides ist wohl der Fall und wir haben diese Erkenntnis seit unserer Geburt auch immer wieder machen müssen. Lassen Sie uns also nicht den Fehler begehen, die schöne, die heile, die mustergültige Welt zu suchen: Wir werden sie nicht finden. Es ist nach meiner Auffassung viel besser, emotionslos zu erkennen, dass die Welt in rasendem Tempo auf allen Erfahrungsgebieten des Menschen zusammenwächst.

Die Klimaentwicklung ist ein Weltproblem, das offensichtlich national nicht geregelt werden kann. Atomare oder terroristische Bedrohungen stoppen keinesfalls an unseren Grenzen. Vodafone kauft nicht nur das urdeutsche Unternehmen Mannesmann, sondern Daimler-Benz kauft das uramerikanische Unternehmen Chrysler. Die Deutsche Post ist auf ihrem Gebiet der Logistik inzwischen dicht davor, durch strategisch kluge Zukäufe weltweit die Nr. 1 zu werden: Die Kette der möglichen Beispiele für weltweites Agieren von Staaten und Unternehmen ist unübersehbar lang geworden. Sich gegen diese Entwicklung stemmen zu wollen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Deshalb kann es nur richtig sein, aus diesem Faktum, dass die Globalisierung sich unumkehrbar entwickelt, für uns, für unser Volk und unser Land, das beste daraus zu machen. Der Versuch, Deutschland von der Welt, man könnte auch sagen: von dem Elend der Welt, abzuschotten zu wollen, kann erkennbar nicht funktionieren. Und wir sollten es auch gar nicht erst versuchen: Ein Land wie wir, das kaum eigene Rohstoffe besitzt, ist auf einen möglichst ungehinderten Welthandel lebensnotwendig angewiesen. Als Exportweltmeister, wie wir uns gerne bezeichnen lassen, würden wir uns mit einer isolationistischen Politik vor allem ins eigene Fleisch schneiden.

Sie könnten mich jetzt fragen: Ja, aber wo bleibt denn dann noch Raum für eine nationale Wirtschaftspolitik?

Lassen Sie mich zur Beantwortung dieser Frage zunächst einfach einen Blick auf Deutschland selbst werfen und unter der Überschrift "Arbeit und Leistung" skizzenhaft die Umriss einer Arbeitswelt entwerfen, die ich - durch entsprechende politische Maßnahmen - für anstrebenswert halte. Danach erfolgt dann ein kurzer Blick über unsere Grenzen mit der Frage: Wie machen es denn die anderen?

1. 1. Stichwort: ARBEIT UND LEISTUNG

Nach meiner beruflichen Erfahrung wollen die allermeisten Deutschen arbeiten und nicht etwa lieber gar nichts tun. Sie wollen auch nicht einfach nur beschäftigt sein, sondern auf einer Position zum Einsatz kommen, wo sie - eingesetzt gemäß ihren Anlagen und Fähigkeiten - entsprechende Verantwortung übernehmen können. Sie wollen sinnhafte Arbeit in einem Unternehmen leisten, mit dessen Führung und deren Zielen sie sich identifizieren können. Sie wollen ernst genommen und wie Menschen von Menschen behandelt und geführt werden oder auch selber führen. Mit dem Verlust des für eine positive Lebenseinstellung so überaus notwendigen Selbstwertgefühls ist der bedroht, der entweder eine nicht seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechende Arbeit verrichten muß oder - noch schlimmer - in die Arbeitslosigkeit entlassen wird. Eine wohlverstandene zentrale politische und damit auch wirtschaftspolitische Aufgabe unseres Staates muß es daher sein, den Wert der "Arbeit an sich" für jeden und für alle Deutschen in den Mittelpunkt seiner politischen Philosophie zu stellen. Kann nicht jeder von Ihnen, meine Damen und Herren, mindestens einen guten Bekannten nennen, der sich -frustriert vom Wirtschaftsleben, von nie eingehaltenen Versprechungen und Treueschwüren seiner Vorgesetzten, von ständiger Überlastung oder Unterforderung, von eintönigen Arbeitsprozessen, um nur einige Gründe zu nennen - in die sog. Innere Emigration zurückgezogen hat? Wer kennt nicht die graue Maus, die im Betrieb völlig unauffällig ihr Dasein fristet, der man auch keinerlei Führungsqualitäten zutraut, die aber nach Feierabend plötzlich in der Lage ist, eine Jugendgruppe zu sportlichen Höchstleistungen oder einen Chor als Chorleiter zu künstlerischer Bestform zu führen? Mangelndes Führungsverständnis bei den Führungskräften selbst läßt solche Potentiale, die für unsere Volkswirtschaft von erheblicher Bedeutung sein könnten, brach liegen.

Neben der Erkenntnisvermittlung des Wertes der "Arbeit an sich" muß eine nationale Wirtschaftspolitik es jedem Deutschen im Sinne eines Grundkonsenses bei allen am Wirtschaftsleben Beteiligten ermöglichen, nur und ausschließlich nach seiner Leistung eingesetzt und beurteilt zu werden. Rang, Abstammung oder z.B. das berühmte Vitamin B, also Beziehungen, dürfen bei der Besetzung von Stellen keine Rolle spielen: Ich weiß, dass diese Vorstellung nicht nur idealistisch klingt, sondern es wohl auch ist; erstrebenswert bleibt sie dennoch.

Da es nicht nur Spitzenbegabungen gibt, muß eine nationale Wirtschaftspolitik bewusst auch Arbeitsplätze für Geringbegabte ermöglichen. Das "Recht auf Arbeit" kann kein juristisches sein, ist aber gleichwohl ein moralisches. Dagegen muß es eine juristische "Pflicht zur Arbeit" geben: Jeder Arbeitslose, der von den Sozialsystemen Leistungen erhält, hat die Pflicht, angebotene Arbeitsplätze auch zu akzeptieren. Arbeit ist in Deutschland eigentlich genügend vorhanden, sie ist nur zu teuer geworden. Nicht umsonst wird der Umfang der Schwarzarbeit inzwischen auf ca. 15 % des Bruttoinlandproduktes geschätzt. Hier brauchen wir eine grundlegende Neuorientierung. Leistungsgerecht besetzte Arbeitsplätze in einer menschenwürdigen Arbeitsumgebung schaffen in Verbindung mit einer leistungs-gerechten Entlohnung und einer als fair empfundenen Abgabenbelastung, ein Höchstmaß an Arbeitszufriedenheit und Identifikation mit Unternehmen und Staat, die wiederum die Basis für ein Höchstmaß an Leistung selbst sind. Dabei sind die Arbeitsprozesse so zu gestalten, dass die geforderte und erbrachte Arbeitsleistung von dem Arbeitenden auch ein ganzes Arbeitsleben lang erbracht werden kann, ohne dass es zu einem vorzeitigen Verschleiß des

Leistungspotentials selbst kommt. Mit anderen Worten: Nur für wenige Jahre erbrachte Höchstleistungen, die durch ein Höchstmaß an Verschleiß der Arbeitenden erzielt werden und diese Arbeitenden danach in die Sozialsysteme "wegsozialisieren", können nicht das Ziel einer an den nationalen Interessen des ganzen Volkes gemessenen Arbeitswelt sein.

Damit wir uns alle zusammen aber nicht in einer Scheinwelt verlieren, lassen Sie mich doch deutlich auf folgendes hinweisen: Die Vorstellung vom Nationalstaat verband man früher zugleich mit der Vorstellung eines weitgehend autarken Staates, der auf der Grundlage seiner eigenen natürlichen Ressourcen und mittels der Fähigkeiten seiner Bewohner auf einen regen Außenhandel nicht unbedingt angewiesen war. Diese Vorstellungen lassen sich in einer zunehmend grenzenlosen Zeit nicht länger aufrecht erhalten.

Heute werden in gewisser Weise zunehmend nationalstaatliche Strukturen beständig ersetzt von sich bildenden globalen Netzwerken: Es fließen eben nicht nur täglich Milliarden Dollars um den Globus, sondern ebenso Menschen, Güter und Informationen aller Art. In dieser Welt werden viele lokale Strukturen, dazu gehören z. B. auch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, an Bedeutung verlieren. Auch müssen wir damit rechnen, dass es insbesondere im Bereich der gar nicht oder nur schlecht ausgebildeten bzw. gering qualifizierten Bevölkerungs-schichten zu einer durch die Globalisierung angestoßenen globalen Nivellierung der Einkommen kommen könnte, verbunden mit der Gefahr einer entsprechenden Verarmung.

Ich ziehe daraus allerdings nicht die Konsequenz, dass der Nationalstaat tot sei und eine nationale Wirtschaftspolitik also keine Chancen mehr habe, wir sozusagen fatalistisch die Dinge laufen lassen müssten. Nein, ich sehe genau umgekehrt für unseren Staat wegen der oben schon beschriebenen Bedürfnisse seiner Bürger die Verpflichtung, entsprechende Rahmenbedingungen, zum Beispiel in der heimischen Arbeitswelt, zu schaffen, die die Verwirklichung dieser Bedürfnisse auch und gerade in einer globalisierten Welt ermöglichen.

Meine Damen und Herren, meine Vorstellungen zur einer neuen Arbeitswelt in Deutschland trage ich hier nicht etwa aus tagespolitischen Erwägungen heraus vor, also wegen der fünf Millionen Arbeitslosen, so sehr ich auch Mitgefühl für jeden einzelnen Arbeitslosen empfinde, Nein, ich würde dies auch im Falle der Vollbeschäftigung fordern, weil damit eine, wie ich meine, dringend notwendige Neuorientierung vieler anderer Politikbereiche verbunden wäre, z. B. die Bereiche der Forschung, der Lehre und der Bildung.

Wir leben nicht in einer geschlossenen Volkswirtschaft, sondern in einer offenen Welt. Das bedeutet beispielsweise, dass alle Bürger der EU-Staaten das Recht haben, sich bei uns anzusiedeln und hier auch zu arbeiten. Gleiches gilt umgekehrt für uns Deutsche in der EU. Als Folge dieses tendenziell vorhandenen Wettbewerbs entstehen Risiken, aber zugleich auch Chancen: Der jeweils Leistungsstärkere kann sich durchsetzen. Hier setzt für eine nationale Politik die Verpflichtung ein, jedem Deutschen eine bestmögliche Erziehung und Ausbildung zu ermöglichen, damit er sich eben im Leistungswettbewerb hier und überall auf der Welt leistungsstark durchsetzen kann. Aber der gedankliche Kreis muß noch geschlossen werden: Die beste Ausbildung für unsere Bürger nutzt unserem Lande gar nichts, wenn diese Leistungsträger schon frühzeitig ins Ausland abwandern. Seit vielen Jahren streben unsere wissenschaftlichen Spitzenkräfte vor allem in die USA, weil sie dort deutlich bessere Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten haben als bei uns. Die USA wirken auf die Leistungselite der Welt wie ein Magnet.

Deutsche Politik muß hier massiv gegensteuern, muß Rahmenbedingungen schaffen, die Deutschland gerade auch für die Leistungselite unseres Landes wieder attraktiv machen.

Aber die Abwanderung unserer Leistungseliten ist nur die eine Hälfte unserer aktuellen Problemlage. Die andere Hälfte des Problems stellt für unser Land die vor dem Hintergrund der armutsbedingten weltweiten Wanderungsbewegungen ständig stattfindende Zuwanderung dar. In den letzten Jahren hat man häufig das Argument gehört, wir bräuchten aufgrund unserer zu geringen Geburtenrate eine massive Zuwanderung aus dem Ausland, damit diese Menschen helfen könnten, durch ihre Einzahlungen in die Sozialsysteme die Überlebensfähigkeit eben dieser Systeme zu sichern. Die Fakten sehen leider anders aus: Die große Mehrheit dieser durch ungezügelter, un gelenkte Zuwanderung zu uns gekommenen Menschen sind Armutsflüchtlinge, die noch dazu schlecht oder sogar gar nicht ausgebildet sind. Sie landen - kaum hier angekommen - in den sozialen Unterstützungssystemen,

in die sie noch nie zuvor etwas eingezahlt haben und wohl auch nicht einzahlen werden. Zuwanderung muß daher auf eine völlig neue Basis gestellt werden. Andere Länder, wie Kanada oder Australien, machen es uns vor: Zuwandern, mit der Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit zu übernehmen, dürften nur Menschen, die u. a. bestimmten Leistungskriterien entsprechen, die also z. B. gut ausgebildet sind in Berufen, die wir in unserer Volkswirtschaft dringend besetzen wollen, aber mit Deutschen nicht ausreichend besetzen können. Die Zahl solcher Zuwanderer ist zugleich so zu beschränken, dass die "deutsche Leitkultur" niemals unkenntlich wird.

Zuwanderung also als Folge unserer schwachen Geburtenrate? Ja, in den Grenzen, wie eben beschrieben. Viel besser wäre es aber, wir würden wieder mehr Kinder in unseren Familien das Licht der Welt erblicken lassen. Dazu braucht man eine Familienpolitik, die mit der Wirtschaftspolitik Hand in Hand arbeitet: Bezahlbare, also preisgünstige Kindergartenplätze für jedes Kind ebenso wie garantiert feste Schulstundenzeiten während der ganzen Woche einschließlich einer ebenso garantierten Betreuungszeit in den Nachmittagsstunden würden es den Eltern ermöglichen, ohne Stress ihren beruflichen Wünschen oder auch Notwendigkeiten nachzukommen und dennoch mehrere Kinder zu haben. Betriebliche Betreuungseinrichtungen für Kinder und entsprechend hochflexible Arbeitszeiten würden diese familienfreundliche Situation ebenso ergänzen wie etwa die Möglichkeit, für die häusliche Unterstützung der Mütter - oder Väter - Haushaltshilfen in Anspruch nehmen zu können. Vielleicht sollte man auch ernsthaft über die Einführung eines Pflichtjahres für alle jungen Frauen und alle jungen Männer nachdenken: Ob dieses dann bei der Bundeswehr, in Krankenhäusern und Altenheimen oder eben in Familien mit mehreren Kindern abzuleisten ist, wäre dem Einzelfall überlassen.

Mit Einführung eines solchen Pflichtjahres, das ich als Dienst am Volk bezeichnen würde, hätte man schlagartig eine Reihe von heutigen Problemen gelöst: Man würde alle Jugendlichen gleichbehandeln und ihnen ihre staatsbürgerlichen Pflichten verdeutlichen; alle Jugendlichen würden neben diversen Tätigkeitsfeldern eine Menge an sozialer Verantwortung erlernen; wir hätten für die genannten Einsatz-Bereiche genügend Arbeitskräfte zur Verfügung - und kostenmäßig tragbar wäre das alles auch, da die jungen Staatsbürger neben freier Unterkunft und Verpflegung nur ein kleines Taschengeld erhalten würden.

Wenn die Betonung des Leistungsgedankens in allen Bereichen unseres Gemeinwesens, in Politik und Wirtschaft zu einem zentralen Anliegen gemacht wird, dann hat die Hängematten-Mentalität keine Chance mehr. Heute und schon seit langen Jahren leidet unser Volk doch an einer uns antrainierten Versorgungsmentalität schlimmsten Ausmaßes. Das Schlagwort "soziale Gerechtigkeit" wird von den meisten verstanden als das Recht nach totaler Rundumversorgung des Einzelnen durch den Staat, also durch die Volksgemeinschaft. Wo bleibt der Anspruch "Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott"?

Es wird Zeit, dass das Wort "soziale Gerechtigkeit", dessen Inhalt inzwischen völlig pervertiert ist, zum Unwort des Jahres erklärt wird. Soziale Gerechtigkeit kann nur Chancengleichheit, niemals aber Ergebnisgleichheit bedeuten.

Eine solche Arbeitswelt, wie ich sie hier leider wirklich nur mit wenigen Umrissen skizzieren kann, würde auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens Persönlichkeiten schaffen, die in der Lage sind, persönlichkeitsgebundene Leistungen zu erbringen. Damit würde auch ein Weg eingeschlagen werden weg von den grauen, namen-losen, innerlich längst emigrierten und resignierten Massen hin zu lebens- und arbeitsbejahenden Menschen. Für den Staat und seine Politiker bedeutet dies zugleich, sich eines längerfristigen Horizontes als nur einer Legislaturperiode verpflichtet zu fühlen, da ein solcher Wertewechsel wohl nur längerfristig zu bewirken ist. Aber es umschließt auch die schöne und zugleich verantwortungsvolle Aufgabe, nicht nur an die Heutigen, sondern auch an die Generationen von morgen und übermorgen zu denken. Wenn wir uns fragen, was heute zu tun ist, um die menschenwürdige Existenz dieser kommenden Generationen zu sichern, so ergeben sich genügend viele arbeitsintensive Projekte, um die Arbeitslosigkeit mittelfristig zu überwinden. Wir müssen es nur wollen!

2. 2. Stichwort: BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Nationale Wirtschaftspolitik als Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Interessen einer Nation ist Machtpolitik. Sie wird allerdings meistens weder so genannt noch - anders als hier von mir für unser Land vorgeschlagen - mit einem meta-ökonomischen staatspolitischen Konzept, das das Volk als Schicksalsgemeinschaft versteht, verknüpft. Vielmehr geht es in der Regel um unmittelbare kapitalistische Zielsetzungen. Wie gehen die Mächtigen der Welt also vor?

CHINA etwa als immer noch kommunistisches Land verbietet es ausländischen Unternehmen, die Mehrheit an chinesischen Unternehmen zu übernehmen. Auch sind deutsche Unternehmer gezwungen, chinesische Partner in ihre in China zu gründenden Unternehmen aufzunehmen. China erreicht dadurch zweierlei: Die wirtschaftlichen Aktivitäten "der Ausländer" in China sind für den chinesischen Staat absolut "gläsern"; weiterhin haben die chinesischen Partner als Mitgesellschafter vollen Zugang zu den Technologien der Ausländer, analysieren und kopieren diese in einem ersten Schritt, um sie dann oftmals in einem weiteren Schritt sogar eigenständig weiterzuentwickeln. Als dann tauchen sie plötzlich auf den Weltmärkten als neue Konkurrenten auf. Denken Sie beispielhaft nur an die deutsche Entwicklung des TRANSRAPID, der in China inzwischen erstmals weltweit zum Einsatz gekommen ist: Die deutschen Herstellerfirmen Thyssen und Siemens mussten de facto ihre gesamten internen Technologiekenntnisse über den Transrapid den Chinesen zur Verfügung stellen. Ich würde mich also nicht wundern, wenn eines unguten Tages ein chinesischer Transrapid irgendwo in der Welt zum Einsatz kommt. Vielleicht ja sogar bei uns?

Chinas Energiehunger wächst mit hohen Zuwachsraten. Während die Chinesen vor wenigen Jahren noch Erdöl exportierten, sind sie heute zu einem Nettoimporteur für Erdöl geworden. Gleichzeitig verbrauchen die Amerikaner heute ca. 25 % aller geförderten Erdöltonnagen der Welt. Wer die Erdöl- und Erdgasquellen dieser Welt kontrolliert, kontrolliert die Welt selbst.

Die amerikanische Außenpolitik arbeitet mit der amerikanischen Wirtschaftspolitik eng zusammen: Der Krieg gegen den Irak ist ein Krieg gewesen zur Erlangung der Kontrolle über die irakischen Ölquellen. Und was machen die Chinesen? Sie versuchen, durch ihren im Staatsbesitz befindlichen Konzern CNOOC eine amerikanische Ölcompany, nämlich Unocal, für einen überaus attraktiven Preis von 18,5 Mrd. Dollar zu kaufen. Die Reaktion der Amerikaner erfolgte prompt: Das "Committee on Foreign Investments" wurde eingeschaltet. Es hat - per Gesetz - die Aufgabe, zu überprüfen, ob bei geplanten ausländischen Übernahmen die amerikanische Sicherheit gefährdet ist. Äußert dieses Committee Bedenken, so kann der amerikanische Präsident das Vorhaben einfach verbieten. Ja, so einfach und gleichzeitig so effizient kann nationale Wirtschaftspolitik sein. Das zugrunde liegende Gesetz ermöglicht es dem Präsidenten übrigens, nicht nur für die Ölindustrie, sondern für jede beliebige Branche fast jeden Zusammenschluß zweier privater Unternehmen zu verbieten. - Ach ja: Die Chinesen haben sich -

verschreckt von dem von ihnen verursachten Wirbel - von ihrem Vorhaben zurückgezogen. Der Konzern Unocal ging für eine Mrd. Dollar weniger, nämlich für 17,5 Mrd. - an den US-Konkurrenten Chevron.

Was bedeutet dieser globale "Energiekrieg" nun für uns? Weil die globalen Ressourcen an fossilen Energieträgern, also insbesondere Erdöl und Erdgas, rückläufig sind und deshalb ihre Marktpreise vermutlich weiterhin ansteigen werden, muß eine nationale deutsche Wirtschaftspolitik m. E. alles daransetzen, von der Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas freizukommen. Schaffen wir das nicht, wird eine zunehmende Erpressbarkeit unserer Industrien und letztlich unseres Staates durch diejenigen, die die Öl- und Gasbestände kontrollieren, unausweichlich sein. Die energiepolitische Devise unserer Wirtschaftspolitik muß also lauten: Weg vom Öl und weg vom Gas! Entsprechende Forschungs-, Entwicklungs- und Förderprogramme für andere Energien sind massiv zu entwickeln.

Ich will es bei diesen Beispielen belassen. Wichtig ist die Erkenntnis, dass wohl nahezu alle Staaten Mechanismen, manchmal sehr drastische, manchmal sehr subtile, zum Schutze ihrer nationalen Industrien vor den Folgen der Globalisierung entwickelt haben, andererseits im weltweiten Positionskampf keine Hemmungen haben, sich die geistigen und materiellen Ressourcen anderer Völker unter den Nagel zu reißen, wenn sie nur eine Möglichkeit dazu sehen. Wir als Deutsche können uns aus diesem globalen Kampf nicht vornehm heraushalten. Unser Ziel muß es also sein, auf gleicher Augenhöhe und ohne Musterknaben-Mentalität diesen Kampf aufzunehmen, möglichst noch besser als die anderen zu sein und also unsere nationalen Interessen bestmöglich zu wahren.

Ich möchte damit zu folgendem Ergebnis kommen:

1. 1. Globalisierung ist ein Faktum, das man als Politiker nicht zu bekämpfen, sondern als Rahmenbedingung zu akzeptieren und damit zugleich zu nutzen hat.
2. 2. Deutsche Politik braucht nach meiner Überzeugung ein Leitbild, einen überparteilichen Grundkonsens. Dieser Grundkonsens sollte für deutsche Politiker in der Verinnerlichung eines nationalen Bewusstseins und also in der Bejahung der Existenz einer deutschen Nation als einer Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen sein. Ein nationales Bewusstsein findet ihren Ausdruck im politischen Bereich in einer nationalen Politik, die wiederum eine nationale Wirtschaftspolitik einschließt.
3. Globalisierung (als Faktum) und nationale Wirtschaftspolitik (als Norm) treffen hier zusammen. Nationale Wirtschaftspolitik als politische Handlungsmaxime aufgrund der nationalen Interessen unseres Volkes einerseits ist genau so unabdingbar wie andererseits die Globalisierung als Faktum anzuerkennen ist. Nationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung schließen sich nicht aus, müssen also nicht als Entweder-Oder-Position gegeneinander gestellt werden. Sie befinden sich vielmehr in einer Und-Beziehung zueinander.
4. Dadurch, dass ich nationale Politik als bewusste, aber auch angemessene Vertretung der Interessen unseres Volkes in Deutschland und in der Welt beschrieben habe, ist wohl auch offensichtlich und muß hier nicht weiter diskutiert werden, dass eine nationale Wirtschaftspolitik natürlich auch nicht etwa Unsinn ist, auch nicht in einer globalisierten Welt, sondern schlicht einem realpolitischen Kalkül entspringt, dass da lautet: Laßt uns offen für die Welt sein, lasst die Welt auch zu uns kommen, aber achtet in allen euren politischen Handlungen darauf, dass wir ein deutsches Volk sein und bleiben wollen, das auch in ferner Zukunft noch in einem wunderschönen Deutschland leben möchte.
5. Nationale Wirtschaftspolitik in einer globalisierten Welt ist allerdings die Alternative zu großen Teilen unserer heutigen deutschen Politik, die sich der Welt liebedienerisch zu Füßen wirft. Nationale Wirtschaftspolitik sollte unabdingbare, selbstverständliche Leitlinie für jeden deutschen Politiker sein, dem sein nationales Bewusstsein noch nicht gänzlich

abhanden gekommen ist. Da es davon aber leider in unserem Lande nach meinen Beobachtungen eine ganze Menge gibt, müsste eine künftige Hinwendung zu einer bewusst gelebten nationalen Wirtschaftspolitik mit einer Hinwendung zu einer nationalen Politik selbst beginnen. Dies erscheint zur Zeit als völlig unwahrscheinlich - aber erschien nicht auch noch im Frühjahr 1989 die deutsche Wiedervereinigung als völlig unwahrscheinlich?